



Nr. 104 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Verkaufsweg: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 Mt., Familienanzeigen 100 Mt., Reklamen 400 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9. Samstag, den 5. Mai 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 Mt. monatlich. Postbezugspreis 3000 Mt. ohne Befreiung. Einzelnummer 120 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Erklärungen in den Ententeländern über die Ausnahme des deutschen Angebots gehen fort. Halbamtlich wird von französischer Seite mitgeteilt, daß die deutschen Vorbedingungen der baldigen Klärung des Ruhrgebietes nicht angenommen werden können. Mit Belgien habe man sich über den Grundgedanken der Ablehnung geeinigt. Aus London verlautet, daß man sich weiterhin zurückhalten werde, bis die beteiligten Mächte den Wunsch nach Vermittlung ausdrücken. Das Angebot werde in amtlichen Kreisen nicht für genügend gehalten. Der englische Außenminister hat sogar erklärt, daß wenn die Alliierten wieder gemeinschaftlich vorgehen, man zu einem günstigen (!) Ergebnis kommen werde. Auch in Amerika zeigt man keinerlei Neigung, vermittelnd einzugreifen.

Gestern hat in Werden der Prozeß gegen die Direktoren der Kruppwerke begonnen, die von den Franzosen zwecks Verschleierung der Schuld an der Bluttat in Essen der Verantwortung für die Vorgänge beschuldigt werden.

Die Mehrheit des Reichstags nahm gestern das Gesetz zum Schutz des Versammlungsrechts nach gewissen von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Abänderungen an.

Der Prozeß gegen die Kruppdirektoren.

Werden, 4. Mai. Mit militärischer Pünktlichkeit erscheinen um 9 Uhr vormittags im großen Saal des Waas'schen Gasthauses die Mitglieder des französischen Kriegsgerichts. Der Saal ist nur mäßig vom Publikum besetzt, denn Werden ist nach allen Richtungen militärisch abgesperrt. Die Werdener Einwohner und Inhaber besonders für den Prozeß ausgestellter Karten werden durchgelassen. Als die Angeklagten, an der Spitze Krupp von Bohlen und Halbach, in den Saal geführt werden, erheben sich spontan alle anwesenden Deutschen und bringen ihren Volksgenossen, die wie so viele Hunderte den schweren Gang antreten müssen, eine stumme, aber wirkungsvolle Huldigung dar. Nach Feststellung der Personalien der Angeklagten verliest der Gerichtsschreiber die Anklageschrift, in der den Beschuldigten ein Komplott und Machinationen gegen die Sicherheit der französischen Truppen zur Last gelegt werden. Nach dem Zeugnisauftritt ergreift namens der Verteidigung, die in Händen der deutschen Rechtsanwälte Grimm-Essen, Wolf-Berlin und Justizrat Wandel-Essen, sowie des Rechtsanwalts Moriad liegt, Rechtsanwalt Dr. Grimm das Wort und legt mit rein juristischen Gründen noch einmal gegen die Unrechtmäßigkeit der französischen Gerichtsbarkeit gegen deutsche Bürger Protest ein. Nach längerer Beratung erklärt sich der Gerichtshof für zuständig. Als erster Angeklagter wurde Herr Krupp von Bohlen und Halbach einem eingehenden Verhör unterzogen, zunächst über das Verhältnis zwischen Aufsichtsrat und Direktion, sodann über die Vorgänge am verhängnisvollen 31. März. Kurz vor 9 Uhr sei Direktor Hartwig zu ihm gekommen und habe ihm mitgeteilt, daß um 9 Uhr gemäß einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat die Sirenen in Tätigkeit gesetzt werden würden. Die Arbeiter verlangten das unbedingt, da es sich bei den Autos der besetzten Garage um Wagen handele, die für die Fabrik und hauptsächlich für die Arbeiterschaft benötigt würden. Später habe er sich von seinem Bureau in eine Konferenz des Direktoriums begeben. Auf Zwischenfragen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts, ob ihm nicht der Gedanke gekommen sei, einzugreifen, um ein Unglück zu verhüten, das nach Ansicht des Staatsanwalts bei dem Zusammenströmen der Arbeiter möglich war, erklärte Herr von Krupp, daß ihm ein solcher Gedanke auch nicht im Entferntesten gekommen sei, umsoweniger, als kurz vor 10 1/2 Uhr das Sirenengeheul aufgehört hatte und von der Straße kein Ton mehr in das nur 100 Meter entfernt liegende Konferenzzimmer drang. Nach 11 Uhr sei jemand in das Zimmer gestürzt mit der Nachricht, es sei geschossen worden. In höchster Bestürzung sei alles aufgesprungen. Ein Teil der Direktoren sei auf den Korridor hinausgeeilt; die anderen und er selbst wären ans Fenster geeilt, wo sie die flüchtigen Arbeiter noch sehen konnten. Damit war die Vernehmung des Herrn v. Krupp beendet. Kurz nach 11 1/2 Uhr wurde die Weiterverhandlung auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

Werden, 4. Mai. (Krupp-Prozeß.) In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst Direktor Bruhn vernommen, der erklärte, er sei kaufmännischer Direktor. Das Gesamtdirektorium sei demokratisch organisiert und zeige eine ähnliche Zusammenfassung wie ein Kabinett. Jeder Direktor habe ein eigenes Deaernat, in das die übrigen Direktoren nicht hineinreden hätten.

ten. Bezüglich der Direktoren Cuny und Schröppler erklärte Bruhn, beide seien alte, erfahrene und erprobte Leute, die weit entfernt von jeder nationalistischen Tendenz seien. Ebenso bestche der Betriebsrat aus ruhigen, politisch geschulten Leuten. Direktor Hartwig teilte mit, daß, als er am Morgen des 31. März auf das Werk gekommen sei, ihm Cuny und Schröppler mitgeteilt hätten, daß der Betriebsrat mit ihrem Einverständnis das Ziehen der Sirenen beschlossen habe. Diese Mitteilung habe er an Krupp von Bohlen und Halbach weitergegeben. Direktor Vesterlein erklärte, daß er technischer Direktor sei. Von 46 000 Arbeitern der Firma habe er allein 10 000 unter sich. Die Franzosen seien schon dreimal im Werk gewesen, ohne daß die Sirenen ertönen und sich irgend etwas ereignet habe. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß die Sirenen auf ausdrückliches Verlangen und Drängen des Betriebsrats gezogen worden seien und daß der Betriebsrat die Garantie übernommen habe, daß bei dieser friedlichen Demonstration nichts passieren würde. Um 10.35 Uhr hätten die Sirenen aufgehört und er habe die Angelegenheit für erledigt gehalten. Am so erregter sei er gewesen, als um 11 Uhr Schüsse gefallen seien. — Hierauf trat eine kurze Pause ein. Nach weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Weiterverhandlung um 6.15 Uhr auf Samstag vorm. vertagt.

Werden, 5. Mai. Besonderes Interesse rief in der gestrigen Verhandlung im Krupp-Prozeß die Vernehmung des Betriebsratsmitglieds Müller hervor, der erklärte, man habe ihm am 31. März telephonisch mitgeteilt, daß die Franzosen die Autogarage 1 besetzt hätten. Darauf habe er sich sofort mit einem zweiten Betriebsratsmitglied an Ort und Stelle begeben und in ihrer Eigenschaft als Betriebsräte hätten sie sich durch einen Posten zu dem befehlshabenden Offizier führen lassen, dem sie erklärt hätten, daß sie nach dem Betriebsrätegesetz für die ungestörte Fortsetzung des Produktionsprozesses verantwortlich seien, daß die noch im Betrieb stehenden wenigen Automobile zum Fortgang der Produktion unbedingt erforderlich seien und daß sie daher gegen jede Beschlagnahme Protest einlegen müßten. Da der Offizier mit einer Handbewegung zu verstehen gegeben habe, daß die Angelegenheit für ihn erledigt sei, hätten sie sich zum Betriebsratsauschuß begeben und mit ihm die Angelegenheit besprochen. Man habe sich dahin geeinigt, die Angelegenheit der Direktion zu unterbreiten. Nach kurzer Beratung sei man zu dem Beschluß gekommen, die Sirenen ertönen zu lassen. Direktor Schröppler habe bei dieser Gelegenheit ausdrücklich gefragt, ob der Betriebsrat in der Lage zu sein glaube, die Arbeiter im Falle von Demonstrationen bei der Stange zu halten. Der Betriebsrat habe versichert, dies ganz bestimmt zu glauben. Unterdessen seien die Sirenen in Tätigkeit gesetzt worden und die Arbeiter seien herbeigeströmt. In diesem Augenblick habe sich ein französisches Automobil genähert, dem ein Offizier habe entsteigen wollen. Als dieser jedoch die zusammenströmende Menge gesehen habe, habe er seine Fahrt unverzüglich fortgesetzt. Darauf habe er, Müller, und das Betriebsratsmitglied Sander sich zu dem Offizier des französischen Kommandos begeben und mitgeteilt, daß das erwartete Auto zweifellos dagewesen, aber wieder abgesehen sei. Er möge also mit seiner Truppe ebenfalls abziehen. Sie würden für einen sicheren und ungehinderten Abzug sorgen. Der Offizier habe dies wiederum abgelehnt. Müller schilderte dann ferner seine weiteren Bemühungen, den Offizier zum Abzug zu bewegen und die Menge zu beruhigen, aus der allerhand Zurufe, teils humoristischen, teils groben Inhalts laut geworden seien. Er habe auch drei Leute gesehen, von denen zwei Spatenstöße, der dritte zwei kleine Hämmer, anscheinend sein Arbeitszeug hatten. Außer diesen habe niemand irgendwelche Waffen oder Gerätschaften getragen. Die immer größer werdende Arbeitermasse habe einen Halbkreis um die Garage gebildet. Aus dieser Masse sei nach einer abermaligen Ablehnung des Offiziers ein Mann herorgetreten, der einen alten, verrosteten Revolver in der Hand gehalten habe. Er, Müller, habe sich auf diesen gestürzt und ihn in die Menge zurückgestoßen, während das Betriebsratsmitglied Sander den Mann ins Gesicht geschlagen habe. Sander habe sich dann zur Direktion begeben, um das Sirenengeheul einstellen zu lassen. Er, Müller, sei viermal vergeblich bemüht gewesen, den Offizier zum Abzug zu bewegen. Da keine eigentliche Beschlagnahme erfolgt sei, sei er schließlich auf die Schultern eines Mannes gestiegen und habe die Arbeiter aufgefordert, wieder ruhig an ihre Arbeit zu gehen. Die Mission der Arbeiterschaft sei beendet, da kein Eingriff erfolgt sei. Nach seinen Worten sei eine Unruhe in der Menge entstanden und jedenfalls durch Druck von hinten seien etwa je 10 Mann von rechts und links über den Garageingang hinausgekommen. In diesem Augenblick seien die Schüsse gefallen, die er zuerst für Schreckschüsse gehalten habe.

Der Zeuge schilderte dann die Wirkung der Schüsse. Die Menge sei geflüchtet und das französische Militär sei feuernd aus der Halle herausgekommen. — In diesem Augenblick hielt es der Gerichtsvorsitzende für angebracht, die dramatische Schilderung der Schreckensszene zu unterbrechen mit der Bemerkung, diese Dinge gehörten wohl nicht zur eigentlichen Verurteilung.

Im krassen Gegensatz zu den klaren Darlegungen Müllers standen die Aussagen des befehlshabenden französischen Offiziers, des Leutnants Durieux, eines früheren Kolonialoffiziers. Leise und mühsam entwarf er ein Bild der Vorgänge, wie sie sich seiner Ansicht nach entwickelt haben. Er glaubte, den ihm erteilten Befehl unter allen Umständen ausführen zu müssen und nahm an, daß die Ansprachen, die die Betriebsratsmitglieder zur Beruhigung an die Arbeitermassen richteten, den Zweck hätten, diese aufzureizen. Der Offizier versteht kein Deutsch und von einem nur wenig deutsch verstehenden Mitglied seiner Truppe wurden ihm unrichtige Angaben über den Zweck der Ansprachen gemacht. Der Offizier wurde immer nervöser, verlor schließlich den Kopf und glaubte nur durch den Feuerbefehl sich und seine Truppen retten zu können. — Hier brach der Gerichtsvorsitzende wieder die Schilderung ab. — Bei der Konfrontation des beschuldigten Betriebsratsmitglieds Müller und des Leutnants Durieux widersprach ersterer in wirkungsvoller Weise der Behauptung des Leutnants, daß seine Reden aufreizend auf die Menge wirkten. Auch die Behauptung des Leutnants, daß Müller sich ihm gegenüber als Chef der Garage bezeichnet habe, wird von Müller wirkungsvoll widerlegt, sodas der französische Offizier nicht unbedingt auf der Richtigkeit seiner Darstellung beharrt. Um 6.15 Uhr abends wurde nach anfänglichem Widerspruch der deutschen Verteidigung, der dann aber zurückgezogen wurde, die Verhandlung auf Samstag vormittag vertagt.

Die Entente und das deutsche Angebot.

Einvernehmen Frankreichs und Belgiens über die Zurückweisung des deutschen Angebots.

Paris, 4. Mai. Ministerpräsident Poincaré hatte heute vormittag noch einmal eine Unterredung mit dem belgischen Botschafter. Havas zufolge steht fest, daß die belgische Antwort auf die deutsche Note von den gleichen Ideen wie die französische Antwort beherrscht sei und die gleichen Wendungen enthalten werde. Vielleicht werde die belgische und die französische Antwort sogar einen gemeinsamen Wortlaut aufweisen. Auf alle Fälle werde das Einvernehmen der beiden Regierungen über diesen Punkt heute abend oder morgen hergestellt sein. — Nach dem Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ wird der Hinweis auf die von Belgien und Frankreich erlittenen Schäden in etwas abweichender Form zum Ausdruck gelangen, aber die Zurückweisung der deutschen Note werde in beiden Erklärungen identisch sein.

England will auch die französische Antwort abwarten.

London, 5. Mai. (Reuter.) Die Kommentare in den amtlichen Kreisen bezüglich der neuen deutschen Reparationsvorschlüge sind zurückhaltend. Es verlautet jedoch, daß keine Zusammenkunft des Kabinetts für heute festgesetzt wurde. Es sei daher wahrscheinlich, daß die britische Regierung wünsche, die deutschen Vorschläge und die französische Antwort gleichzeitig zu unterzuchen. Es sei fast sicher, daß Großbritannien auf die deutsche Note antworten werde, wenn auch nur der Form halber, aber erst nach Beratung mit den Alliierten. Washington werde dies vielleicht nicht tun, aber die Ver. Staaten seien auch nicht so sehr an dem Reparationsproblem interessiert wie England. Alles hänge natürlich von Paris ab. Es sei wahrscheinlich, daß die britische Regierung die Weiterentwicklung und das Ergebnis des Meinungsaustausches zwischen den interessierten Parteien abwarten werde, bevor sie beschließe, welchen Weg sie verfolgen werde.

Der englische Außenminister kündigt erneuten gemeinschaftlichen Druck der Alliierten an!

London, 4. Mai. Lord Curzon sprach auf der Jahresversammlung der Primose League in der Abter-Hall und äußerte sich dabei über die Ruhrfrage. Er erklärte, daß er es ablehne, die Lage mit Mutlosigkeit oder Verzweiflung zu betrachten und fuhr fort: Ob das deutsche Angebot gut oder schlecht ist — und sehr viele betrachten es als unangemessen — jedenfalls geht die Frage uns alle an. Wir werden aus der schwierigen besorgniserregenden Lage nur durch gemeinsames Vorgehen herauskommen. Wenn die

Abend 8 Uhr Schulen mark (Bromberg). Kräfte. eine oben. Ausland veramtst. in: n. erwaltungs- eschulrat irgerpartei): er Legkus. Störr. und ein bs., mit Musik t. ab. Calw. us, 1. Stock: cher Orts- herzlich und ksauschub. graphie gasse 1. er und rkräfte. t. rzheim el Adler — 5 Uhr. Kep. "cken- te, mpen- ien klassig. verk A.-G., 8 Würt. esucht. uantum n. ften Prels gesucht. gt die So s Blattes.

Deutschen vor den Rat und die Entscheidung aller beteiligten Hauptmächte gestellt werden, so werden die Aussichten auf Erfolg beträchtlich wachsen.

Aus dem voraussichtlichen Inhalt der französischen Antwortnote.

Keine Räumung des Ruhrgebiets!

Paris, 4. Mai. Wie die Havas-Agentur mitteilt, enthält die französische Antwortnote die Mitteilung, daß die Vorbedingungen, die Reichsminister Cuno vor jede Verhandlung gestellt habe, namentlich die Räumung des besetzten Ruhrgebiets, das deutsche Angebot unannehmbar machten und außerdem jeden anderen Eventualvorschlag, denn die Alliierten gedächten, das Pfand, das sie nach dreijähriger vergeblicher Geduld genommen hätten, in Händen zu behalten.

Amerika „einigermaßen“ enttäuscht über die französische Ablehnung.

Paris, 4. Mai. Der „Newport Herald“ meldet aus New York, in offiziellen Kreisen Amerikas sei man einigermaßen enttäuscht darüber, daß Frankreich das deutsche Angebot nicht für wert gehalten habe, als Verhandlungsgrundlage für eine endgültige Regelung zu betrachten. In dessen sei kein Gedanke daran, daß die Ver. Staaten in offizieller Form intervenieren würden.

Amerika hält sich weiter zurück.

Paris, 4. Mai. Havas berichtet aus Washington: Der deutsche Botschafter hat Staatssekretär Hughes einen Besuch abgestattet und ihm den Text der deutschen Vorschläge übergeben. Das Staatsdepartement weigerte sich, irgend einen Kommentar zu geben; aber man erzählt aus autorisierter Quelle, daß die amerikanische Verwaltung, die jüngst den Standpunkt der Ver. Staaten begründete, der Ansicht ist, daß die Frage direkt Frankreich und Deutschland angehe und die Ver. Staaten nur auf Verlangen der Interessierten eingreifen würden. Ob zwar Deutschland seine Vorschläge allen Großmächten mitgeteilt habe, erklären die offiziellen amerikanischen Kreise in Washington, daß es sich tatsächlich um einen direkten Vorschlag an Frankreich und Belgien handle.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags.

Berlin, 5. Mai. Nach Blättermeldungen wird der auswärtige Ausschuss des Reichstags am nächsten Mittwoch zusammentreten, um sich mit der politischen Lage zu beschäftigen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß bis dahin die Antwort auf die deutsche Note eingetroffen ist.

Deutschland.

Besprechungen über die Markstützungsaktion.

Berlin, 5. Mai. Zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsaußenminister, dem Staatssekretär Hamm und dem Reichsbankpräsidenten Havenstein haben gestern Besprechungen über die Markstützungsaktion stattgefunden.

Ablehnung des Mißtrauensantrags gegen den preussischen Innenminister.

Berlin, 4. Mai. Im preussischen Landtag wurde heute der von den Deutschnationalen gegen den Innenminister Severing eingebrachte Mißtrauensantrag in namentlicher Abstimmung mit 248 gegen 79 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es gelegentlich einer Geschäftsordnungsdebatte, in der der kommunistische Abg. Kay Hehreden gegen die Sozialdemokratie richtete, zu Lärmjahren. Die Sozialdemokraten drückten Kay von der Rednertribüne und schlugen mit Fäusten auf ihn ein, sodaß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Präsident mit, daß der Abg. Kay auf 14 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen sei. Kay verblieb jedoch im Saal, sodaß die Sitzung abermals unterbrochen werden mußte.

Verhandlungen über erneute Anpassung der Beamtengehälter an die Geldentwertung.

Berlin, 5. Mai. Im Reichsfinanzministerium haben gestern neue Besprechungen über die Erhöhung der Gehälter und Löhne begonnen. Der Reichsfinanzminister hat bereits die für den 11. und den 15. Mai vorgesehene Besprechung für die Beamten zur früheren Auszahlung angewiesen.

Bayern der Tummelplatz dunkler Mächte.

München, 5. Mai. Abg. Dr. Schlaut verlas gestern im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages gelegentlich einer politischen Debatte die Erklärung eines bayerischen Ministerialrats, die dieser in der vaterländischen Vereinigung der 7. Abteilung abgegeben hatte. Nach dieser Erklärung können die vaterländischen Verbände die Politik der gegenwärtigen Regierung auf keinen Fall unterstützen. Die Minister Dr. von Knilling und Dr. Schweyer seien für den Zusammenschluß Bayerns und Österreichs. Nur die Frage sei noch offen, ob ein bayerischer oder ein österreichischer Fürst den Thron besteigen solle. Der Minister Dr. Schweyer habe bei seiner Palzreise mit dem französischen General de Mek über diese Angelegenheit verhandelt und die Zustimmung der Franzosen erhalten. Die Pfalz und Nordbayern sollten, wenn der Plan verwirklicht werde, ebenfalls abgetrennt werden. Hinter diesem Plan ständen auch Kardinal Faulhaber und der Papst. Ueber die Verhandlungen und die Gesinnung der genannten Minister seien selbst die Ministerialreferenten ungehalten und durchaus nicht damit einverstanden. Die Regierung befürchte, daß die Bevölkerung Münchens dem

Einmarsch der Franzosen in München heftige Gegenwehr entgegenzusetzen würde. — Der Redner, dessen Mitteilungen im Ausschuss große Erregung hervorriefen, ersuchte den Minister dringend, gegen eine derartige Giftmischerei eine Untersuchung zu veranlassen und übergab den Brief mit dem Namen des Ministerialrats dem Minister Schweyer. Dieser erklärte, daß ihn dieser Fall aufs tiefste deprimiere. Die Angelegenheit werde sofort untersucht werden.

Das Faustrecht in München.

Berlin, 5. Mai. In der vorletzten Nacht kam es in München, wie mehrere Blätter melden, nach Schluß einer sozialistischen Jugendabteilungsversammlung zwischen Nationalsozialisten und Jungsozialisten zu einer Rauferei, wobei auch geschossen wurde. Ein 17jähriger Jungsozialist wurde ein Angehöriger der Korbhagruppe, ein Bankbeamter, durch einen Schuß verletzt. Ferner versuchten die Nationalsozialisten, eine Gastwirtschaft in einer Vorstadt auszuheben, was ihnen nicht gelang.

Vom Rathaus.

Die Frage des Neubaus des Realprogymnasiums.

Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand ein Bericht des Vorsitzenden über die Verhandlungen mit dem Vertreter der Ministerialabteilung für höhere Schulen und dem Bezirksrat in der Frage eines Neubaus des Realprogymnasiums. Der Vorsitzende führte etwa folgendes aus: Der Regierungsvertreter habe sich über den Zustand der Schullokale sehr abfällig ausgesprochen. Nach Besichtigung der Rektoratswohnung sei man zu der Ansicht gekommen, daß ein Umbau dieser Wohnung zu Schullokalen sich nicht lohnen würde, da nur ein Drittel der Räume mit Schulbänken aus technischen und namentlich gesundheitlichen Gründen besetzt werden könnte. Als richtige Lösung käme nur ein Neubau in Betracht. Selbstverständlich könne es sich nur um einen Teilbau handeln. Er (Stadtschultheiß Göhner) habe dann sofort bemerkt, daß die Stadt in anbetrachter der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse das Risiko natürlich nicht allein übernehmen könne. Einerseits sollte der Staat durch Gewährung eines Darlehens helfen, andererseits sei im Hinblick auf das Interesse der Bezirksgemeinden an der Schule auch eine Unterstützung durch die Amtskörperschaft wohl kein unbilliges Verlangen. Er habe dann dem Regierungsvertreter den Vorschlag gemacht, der Staat solle ein möglichst hohes Darlehen gewähren, das durch die Begebung einer wertbeständigen (Holz-)Anleihe durch die Stadt gedeckt werden solle. Das staatliche Darlehen müßte nieder verzinstlich und langfristig sein, etwa so, daß der Zins 4 Prozent betrage, und das Kapital bei 1 Prozent Amortisation in 46 Jahren abgetragen würde. Verzinsung und Amortisation würden also jedes Jahr entsprechend dem Preis für ein Festmeter Holz zu einem bestimmten Zeitpunkt geregelt werden. Der Regierungsvertreter habe erklärt, daß der Vorschlag wohl der Prüfung wert sei. Man habe sich dann sofort mit Oberamtmann Göss in Verbindung gesetzt, der den Bezirksrat rasch zusammenberufen habe, sodaß nachmittags die gemeinschaftlichen Verhandlungen beginnen konnten. Der Regierungsvertreter habe auf den gesundheitsschädigenden Zustand der jetzigen Schullokale hingewiesen, und auch den Vorwurf erhoben, daß sowohl vor wie nach der Kriegszeit die Angelegenheit zu zögernd behandelt worden sei, was auch von Bezirksratsmitgliedern betont wurde. Es sei aber erfreulich, daß sich schließlich nach interner Beratung unter dem Vorsitz des Herrn Oberamtmanns der Bezirksrat dafür ausgesprochen habe, der Amtsversammlung zu empfehlen, seinem einstimmigen Beschluß beizutreten, einen Beitrag zu dem Neubau etwa im Verhältnis der Stärke der Schülerzahl des Bezirks (ein Drittel) zu leisten. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Amtsversammlung diesem Beschluß zustimmen möchte. Es soll nun an die Ministerialabteilung für höhere Schulen eine Antwort auf ihre Anfrage bezüglich der von der Stadt zu treffenden Maßnahmen erteilt, und zugleich angestragt werden, in welcher Höhe eventuell bei Aufnahme der oben genannten Holzanleihe ein Darlehen des Staats zu erwarten sei. Auch soll Auskunft darüber erbeten werden, ob die Stadt bei Aufwendung solcher gewaltigen Kosten dann auch die Sicherheit hat, daß die Schulen der Nachbarschaft nicht zum Schaden Calws ausgebaut werden. Innerhalb des Bezirksrats sei auch der von der Stadt vertretene Auffassung Verständnis entgegen gebracht worden, daß die Amtskörperschaft auch fernerhin an der Unterhaltung der Schule teilnehmen solle. Was die Ausführung des Baus anbelange, so solle der Plan von Architekt Haufer-Ludwigsburg als Grundlage gelten, diesem auch die Abänderung im Sinne der notwendigen Einschränkung und die Oberleitung übertragen werden, während die örtliche Bauleitung das Stadtbauamt übernehme.

In der nachfolgenden Aussprache erklärte G.R. Zahm, daß man durch den Neubau verhüten müsse, daß die Schule, deren Ausbau man zuerst betrieben habe, nicht wieder abgebaut werde. Man müsse dafür Sorge tragen, daß den Kindern eine gute Schulbildung ermöglicht werde. G.R. Bauehle bemerkte, auch aus der Mitte des Gemeinderats seien Stimmen gekommen, daß man früher hätte bauen sollen; aber während des Krieges habe man keine große Lust gehabt, weil Stadtvorstand und Stadtbaumeister eingezogen waren, und nach dem Kriege hätten die Verhältnisse die Frage des Baus auch nicht begünstigt. Wenn aber jetzt nicht gebaut werde, sei damit zu rechnen, daß die 7. und wohl auch die 6. Klasse der Schule abgebaut würden, und damit das Realprogymnasium vollständig zur Landschule degradiert werde, während man die Ragoder Schule auf Staatskosten ausbauen würde. Früher habe Calw auf eigene Faust gebaut, während die Nachbarrämter nichts getan hätten. Wenn der Neubau erstellt werde, müsse später an den Ausbau der Realschule zu

einer Vollanfertigung gedacht werden. G.R. May kennzeichnet den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, der dahin geht, daß nach ihrer Ansicht früher hätte gebaut werden sollen, es habe aber jetzt keinen Wert mehr, über die Schuld an der Verzögerung zu streiten. Es solle so bald wie möglich mit den Vorarbeiten und dem Ankauf von Materialien begonnen werden im Hinblick auf die Gefahr der weiteren Geldentwertung. Der Bau solle jedoch in einphasiger Form erfüllt werden, soweit es die schulhygienischen und sonstigen Vorschriften zulassen. Die Schule müsse erhalten werden, von einem Abbau der Klassen wolle keine Fraktion nichts wissen. Darüber sei man sich ebenfalls klar gewesen, daß das Behelfsmittel des Einbaus keine wirkliche Abhilfe geschaffen hätte. G.R. Staudenmeyer bemerkte zu den Ausführungen des Regierungsvertreters, daß man von einer Kette von verpassten Gelegenheiten nicht sprechen könne. Der frühere Gemeinderat sei sich stets der Tatsache bewußt gewesen, daß die Erhaltung der Realschule für die Stadt von großem kulturellem Interesse ist. Als 1912 der Beschluß des Neubaus gefaßt worden sei, sei man sofort zu seiner Ausführung geschritten. 1914 seien die Pläne bearbeitet worden. Es sei aber zu beachten, daß kaum eine Stadt mit solchen Geländeschwierigkeiten bei Ausführung eines großen Gebäudes zu kämpfen habe. Es habe deshalb lange Erörterungen über die Aufstellung des Baus gegeben, bis man schließlich den Platz des alten Krankenhauses gewählt habe. Bei Kriegsausbruch seien schon die Böden herausgerissen gewesen. An der Verzögerung seien die Kriegsverhältnisse schuld gewesen. 1917 habe man sich nicht entschieden, weil die Bauplatzfrage — Wegschleife an der Altbürgerstraße oder altes Krankenhaus — nochmals zur Erörterung gelangen sei. Auf die zur Erörterung stehende Frage selbst eingehend verteidigte der Redner die Auffassung, daß der Gesamtbau in Etappen durchgeführt werden solle, einfach, aber in das Stadtbild passend. Mit den Arbeiten solle rasch begonnen werden. G.R. Zahm betonte noch das Interesse, das die Bevölkerung des Bezirks an dem Schulhausneubau habe. G.R. May stellte fest, daß die Eltern, deren Kinder in das Realprogymnasium gehen, oder doch später dafür in Betracht kommen, ausnahmslos sich über den Beschluß freuen würden, da sie nun nicht mehr eine Gefährdung der Gesundheit ihrer Kinder zu befürchten hätten. Der Vorsitzende wies auch darauf hin, daß bei Annahme der wertbeständigen Holzanleihe die Baukosten die Stadt nicht viel teurer kommen würden als in Friedenszeiten. Stadtbaumeister Herzholzheim machte sodann Ausführungen über die technische Frage. Der Bau müsse 3 Schulklassen mit je 50 bis 60 Schülern umfassen, sowie 2 mit je 25 Schülern. Auch ein Physiksaal sei vorgesehen. Als Platz ist das Gelände des alten Krankenhauses vorgesehen. Mit dem Mittelbau (nach den Plänen von Architekt Haufer) könne nicht angefangen werden, weil dadurch keine wirtschaftlichen Räume geschaffen würden, da im Mittelbau der große zentrale Treppenaufgang nach beiden Flügeln geplant war. Der linke Flügel (von der Stadt aus gesehen) kommt für den Anfang auch nicht in Betracht, sondern der Nordflügel gegen die Hermannstraße. Es müssen also zwei Hauptaufgänge an den beiden Flügelbauten geschaffen werden, wodurch dann später in dem Mittelbau weitere Räumlichkeiten erschaffen werden können. Im Erdgeschoß würden 1 Schulsaal, das Lehrerzimmer und Abortgelegenheiten untergebracht, im 1. Stock 3 kleine Schuläle samt Abortanlagen, der Physiksaal soll ins Dach eingebaut werden und Oberlicht erhalten. Der Bau soll so durchgeführt werden, daß man eventuell ohne Störung gleich weiterbauen könne. Von einem Fachwerkbau solle abgesehen werden, da er fast so teuer wie ein massiver Bau komme, dagegen seine Lebensdauer wesentlich geringer sei. Die Umfassungsmauern sollen aus Stein hergestellt werden, die Steine werden aus dem in der Nähe befindlichen städtischen Steinbruch beschafft. Das Gebälk werde aus Holz hergestellt; zwischen die Balken komme eine Sandschüttung. Die Böden sollen von Buchholz hergestellt werden, Hallen, Gänge und Treppen massiv. Als Dachbedeckung sei ein Pfannendach vorgesehen. Im Erdgeschoß werde die Wohnung des Schuldieners eingebaut. Als Schülerverbot komme nur ein einfaches Brausebad in Betracht. Selbstverständlich werde man den Bau so gut als möglich ans Gelände anpassen, und auch größtmögliche Sparamkeit werde man sich zur Pflicht machen. Der Vorsitzende machte sodann noch darauf aufmerksam, daß infolge der durch die Inangriffnahme dieses Projekts entstehenden riesigen Ausgaben die andern Baupläne, wie die Pflasterung der Bischoffs- und Badstraße, die Bewalzung der Bahnhofstraße und die Legung einer Hochdruckwasserleitung im Kapellenberggebiet zurückgestellt werden müßten. Durch den Schulhausbau werde man aber auch für die Zukunft mit Schullokalen versorgt sein. Nachdem G.R. Scholl dem Herrn Stadtbaumeister ans Herz gelegt hatte, bei den Bauarbeiten Acht zu geben, daß nicht solche die Stadt finanziell schwer belastenden Verzögerungen wie beim Siedlungsbau eintreihen, wurde der Plan einstimmig genehmigt.

Von den sonstigen Verhandlungen ist noch zu erwähnen eine Anfrage von G.R. Pfeiffer, warum trotz des grundsätzlichen Beschlusses des Gemeinderats, das zur Verteilung gelangende Holz nicht unter Berücksichtigung der Wohnung des Käufers abzugeben, die Anwohner der Altbürgerstraße aus den in ihrer Nähe liegenden Waldteilen Holz erhalten hätten. Stadtpfleger Frey erklärte, daß ihm der Beschluß des Kollegiums nicht bekannt gewesen sei. Um eine Bevorzugung in der Belieferung so viel wie möglich auszuschalten, schlug G.R. Staudenmeyer vor, bei der späteren Verteilung auch einmal nach dem Alphabet rückwärts anzufangen. — Da in diesem Jahr nach den bisherigen Wasserzinsfällen mit einem Abmangel von etwa 9 Millionen beim Wasserwerk zu rechnen ist, so schlägt die Verwaltung nach den Vorgängen in andern Städten eine Neueinschätzung vor, wobei die kleinen Verhältnisse berücksichtigt werden sollen. Eine Kommission soll die Einschätzung bei den Haushaltungen und Geschäftsbetrieben vornehmen.



Ulmer Pflüge

aller Art,

Hack- u. Häufelpflüge,

Tauschkörper, Ersatzteile

in reicher Auswahl.

Carl Herzog, Eisenhandlung, Calw.



Friedrichstaler und Neuenbürger Sensen,

Sicheln in jeder Größe,

echte Mailänder und Türkenwehsteine, Kämpfe, Sensenringe

in reicher Auswahl.

Calw, den 5. Mai 1923.
Statt besonderer Anzeige.



Heute Vormittag 5 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau

Mina Maier

geb. Auer

im Alter von 55 Jahren.

In tiefer Trauer:

der Gatte: Friedrich Maier;

der Schwiegermutter: Friedrike Maier;

Schwestern, Nissen und Nichten.

Beerdigung Montag Mittag 2 Uhr.

Spar- und Vorschubbank Calw

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. In der Generalversammlung vom 22. April wurde beschlossen den

Geschäftsanteil auf Mk. 10 000.— zu erhöhen,

mit der Maßgabe, daß Einzahlungen nunmehr in beliebigen Raten und auch Vollzahlungen auf einmal gestattet sind. Einzahlungen, die vor dem 15. Juni erfolgen, erhalten die volle Dividende für das ganze Jahr 1923. Die für das Jahr 1922 gutgeschriebene 15% ige Dividende wird nicht ausbezahlt, sondern als Einzahlung auf den erhöhten Geschäftsanteil gutgeschrieben. Auf wirtschaftlich Schwache wird jede Rücksicht genommen.

Calw, den 23. April 1923.

Der Vorstand.

Sommerjoppen

Zwirnhosen Lederhosen

Sommerlodenjoppen

Sporthosen Stutzen

Blaue Arbeitsanzüge

Blaue Hosen und Kittel

Einsatzhemden Triokothemden

Unterhosen

Hosenträger Socken

Paul Räuchle
am Markt Calw.

Gerste, Gerstenmehl, Futtermehle, Kleie,

Saatmais, Futtererbsen, Kleesamen all. Art, Grasamen in versch. Sorten

empfiehlt

Otto Jung.

Biehverkauf.

Von kommenden Montag, den 7. ds. Mts., steht in meiner Stallung

in Wildberg

ein sehr großer Transport

erstklassiger junger Kälberkühe;

Milchkühe;

sowie eine große Auswahl

hochträchtiger Kalbinnen,



worunter auch Allgäuer Kalbinnen

zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladet

Hermann Hopfer.

Habe im Auftrag am Mittwoch, den 9. Mai, nachm. 1 Uhr, hinter dem Gasthof zum „Hirsch“ zu verkaufen gegen Barzahlung: 1 großen Kleiderkasten, 2 vollständige schöne Betten, eines mit 3teil. Kopfhaarmatratze, eichene Bettlade.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolk.

Manchester

für Anzüge u. Polstermöbel,

Samt

für Kleider und Mäntel

empfehlen

Frau Carl Eberhard,

beim „Adler“.

Bei Kropf, Blähfalls

uff. wirken einwandfrei

Re-Ma-

Strumetten

zu haben in der

Alten Apotheke.

Einfach möbliertes

Zimmer

v. Kaufm. sofort oder später

zu mieten gesucht.

Angebote mit Preisangabe

unter E. M. 104 an die

Geschäftsstelle dieses Blattes.

Teilhhaber

mit 2 bis 20 Millionen gesucht.

Stuttgart 1, Schließfach 65

Darlehenskas-verein Calw.

Wir verkaufen einen sehr

guterhaltenen

Raffenschrank

Näheres bei

Oberlehrer Pfrommer.

Mädchen-Geuch.

Jüngerer

Mädchen

auf 15. Mai oder 1. Juni

gesucht.

Otto Maletsch, Bäckerei,

Liebenzell.

1-2 tüchtige

Stahlgraveure

für Großsilberwaren, die

auf höchsten Lohn Anspruch

erheben können, werden

sofort gesucht.

Floreatmetallwerke

A.-G. Hirsau.

Hotel „Adler“, Bad Liebenzell.

Um meinen Gästen der Zeit entsprechend den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten und nur das Beste zu bieten, habe ich meinen seitherigen Betrieb durch

eigene Konditorei nebst Kaffee

erweitert. Die sachmännische Leitung durch eine erste Kraft erlaubt mir für nur erstklassige Ware zu garantieren.

Um geneigten Zuspruch bitten

H. Beck.

Der Besitzer: O. Bott.

Sommerkleiderstoffe

kaufen Sie günstig bei

Paul Räuchle, am Markt, Calw

Wieder eingetroffen:

Terrazzo-Platten

in d. Farben weiß-schwarz u. weiß-rot schöner, dauerhafter u. billiger Fußbodenbelag für Küchen und Gänge Hugo Rau, Calw, Baumaterialien.

Der Landwirtschaftliche Konsumverein Calw

(eingetragene Genossenschaft m. unbeschränkter Haftpflicht) hat beschlossen, sich in eine Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht umzuwandeln. Die Gläubiger werden zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufgefordert.

TAPETEN

in groß. Auswahl auf Lager EMIL G. WIDMAIER Bahnhofstraße.

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbett., dir. an Private. Katal. 46 S frei. Eisenmöbellabrik Suhl-Thür.

Ausländer!

Herstellerecht auf chemische und technische Artikel vergr. Stuttgart 1, Schließfach 65

Land- u. Forstarbeit

auch Stubben-

Sprengungen

übernimmt

Stuttgart 1, Schließfach 65

Rinderwagen

(Beddigrohr) geg. Eier zu verkaufen.

Interessenten wollen sich bei der Geschäftsst. dieses Blattes melden.

Kaufe

Rib-Selle

und zahle bis zu 7000 Mk. pro Stück

Nieginger, Möttlingen.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Sonntag Mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr:

Goliath Armstrong: Der glühd. Kristall III. Episode: Die treibende Mine mit Beiprogramm.

Schuhwaren zu billigst. Preisen

wie: Rohrstiefel, Frauen- und Kinderstiefel, Spangenschuhe

empfehlen so Frau Anörzer, Marktpl. 67

Die Installation von elektr. Licht- u. Kraftanlagen

jeden Anfangs, die Reparatur von Elektromotoren

in eigener, gut eingerichteter Elektromech. Werkstätte, sowie die

Lieferung von Elektromotoren, Glühlampen, Sicherungen, Bügel-

eisen, Koch- u. Heizapparaten usw. wird schnell und pünktlich bei billigster Berechnung ausgeführt von

Friedrich Duß, Neubulach

Fernsprecher 8, Elektr. Install.-Geschäft und Elektromech. Werkstätte.

Konzeffioniert v. Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach.

Ständiges Inferieren

bringt stets Erfolg!

Billig geheilt von sehr schwerem

Rückenmark- u. Nervenleiden mit vollständiger Lähmung beid. Füße und des ganzen Körpers

wurde unser Sohn Joseph, nachdem alle Mittel u. Anwendungen nichts halfen, durch die Pyrmoor-Badekur, die bequem zu Hause ohne Berufsstörung vorgenommen wird. Aus Dank empfehlen wir diese Kur allen Leidenden.

Grub, P. Neuditing, den 15. April 1923.

Johann Orthuber, Dekonom.

Hunderte v. Anerkennungs-schreib. Auskunft erteilt d.

Pyrmoor-Naturheil-Institut Wörz bei Rosental 15. (Doppelbriefporto beifüg.) Seit 20 Jahr. hervorragende Erfolge bei Lähmungen, Nervenkrämpfen, Gelenkerkrankungen, Epilepsie, Gicht.

Wir empfehlen den Marktbesuchern unser reichhaltiges Lager in Zigarren und Zigaretten.

Auch sind wir in der angenehmen Lage, unsere wertere Kundschaft in

la. Rauchtabaken zu staunend billigen Preisen

bedienen zu können. Ganz besonders günstige Gelegenheit bietet sich

Wirten und Wiederverkäufern zu vorteilhaftem Einkauf in Zigarren und Zigaretten.
Zigarren ab Mk. 160.—, Zigaretten ab Mk. 70.—. Gewähr für beste Qualität!!!

Zu regem Besuch laden ein

Ott & Rack, Tabakwaren Lederstraße 113
en gros en detail Fernsprecher 133.

Neckar-Goldanleihe

Zeichnungsaufforderung

auf

5% ige reichsmündelsichere Goldanleihe

(4,20 Goldmark = 1 Dollar)

der

Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart

zum Ausbau von Wasserkraftwerken am Neckar, unter gesamtschuldnerischer Bürgschaft des Deutschen Reichs, sowie der Länder Württemberg, Baden und Hessen für Kapital und Zinsen, dinglich sicherzustellen auf den Grundstücken und Anlagen der Neckarwasserkraftwerke Neckarjulfm und Wieblingen.

Im Auftrag und für Rechnung der Neckar-Aktiengesellschaft wird hiemit von der vorstehend beschriebenen Neckar-Goldanleihe ein Betrag im Geldwert von

Einer Million Goldmark

zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

1. Zeichnungen werden vom 7. bis 24. Mai 1923 bei den unterzeichneten Stellen und deren sämtlichen Niederlassungen während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Anmeldebescheinigung sind bei den Stellen kostenfrei zu haben. Früherer Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten.
2. Die einzelnen Schuldverschreibungen lauten über den Geldwert von
10,5 Goldmark (= 2,5 Dollar) | 42 Goldmark (= 10 Dollar),
21 Goldmark (= 5 Dollar) | 105 Goldmark (= 25 Dollar),
420 Goldmark (= 100 Dollar).
3. Die Zeichnung erfolgt zum Kurse von 93,50% unter Zugrundelegung des letztnotierten Berliner Briefkurses für Kabel New-York vor dem Zeichnungstag, abgerundet auf volle 50 Mark nach unten. Eine Stückzinsenverrechnung findet nicht statt. Eine Börsenumsatzsteuer ist nicht zu entrichten. Teilschuldverschreibungen oder Schuldscheindarlehen der alten 5% igen Anleihe der Neckar-A.-G. von 1921 werden bis zur Höhe des Zeichnungspreises der Goldanleihe zum Kurs von 115% unter Verrechnung von Stückzinsen in Zahlung genommen.
4. Gezeichnete Stücke gelten als voll zugeteilt und sind sofort zu bezahlen.
5. Für die Zuteilung stehen gegebenenfalls weitere Beträge zur Verfügung.
6. Die Stücke werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt und nach besonderer Bekanntmachung ausgehändigt werden.

Im Mai 1923.

Württembergische Vereinsbank.

Preussische Staatsbank (Seehandlung).
Berliner Handels-Gesellschaft.
S. Bleichröder.
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.
Darmstädter u. Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Delbrück Schickler & Co.
Deutsche Bank.
Direction der Disconto-Gesellschaft.
Dresdner Bank.
Hardy & Co. G. m. b. H.
Mendelssohn & Co.
Mitteldeutsche Creditbank.
Reichs-Kredit-Gesellschaft m. b. H.
Doertenbach & Co. G. m. b. H.

Paul Kapff.
G. H. Keller's Söhne.
Gebrüder Rosenfeld.
Württembergische Notenbank.
Verband württembergischer Bankiers.
Württembergische Girozentrale.
Centralkasse Württ. Genossenschaften e. G. m. b. H.
Landwirtschaftl. Genossenschafts-Zentralkasse e. G. m. b. H.
Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G.
Rümelinbank A.-G.
Rheinische Creditbank.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Badische Girozentrale.
Hessische Girozentrale.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft.
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. L. Behrens & Söhne. Deutsche Vereinsbank.
Essener Credit-Anstalt. Frankfurter Bank. Simon Hirschland. Landesbank der Rheinprovinz.
A. Levy. Norddeutsche Bank in Hamburg. A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.
Lazard Speyer Ellissen. M. M. Warburg & Co.

„Badischer Hof“

Montag, 7. Mai, abends 8 Uhr

Tanz-Abend

der Schule

HERION

aus Stuttgart

Karten zu Mk. 1200.-, 800.-
und 500.- in der Buchhdlg.

Häussler.

**Creditbank für Landwirtschaft
und Gewerbe in Calw**

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
In der Generalversammlung vom 29. April 1923 wurde der

**Geschäftsanteil
von Mk. 500.—**

auf Mk. 5000.— erhöht.

Jedes Mitglied kann bis zu 5 Anteile erwerben. Einzahlungen, die bis 1. Juni 1923 erfolgen, erhalten die volle Dividende für das ganze Jahr 1923. Die bisher ausgestellten Geschäftsanteilscheine müssen bei der Einzahlung vorgelegt werden. Auf wirtschaftlich Schwache wird Rücksicht genommen.
Calw, den 1. Mai 1923.

Der Vorstand.

Die ständige Zunahme

der Auflage unseres Blattes beweist, welch großen Anklang die textliche Ausstattung des Blattes findet.

**Unterbringung v. Kindern
aus dem Ruhrgebiet.**

Bis jetzt sind aus ganz Württemberg bei der Zentrale für Wohltätigkeit in Stuttgart mehr als 6000, beim Jugendamt Calw aus dem Oberamtsbezirk Calw rund 160 Meldungen von Familien eingegangen, die sich bereit erklärt haben, ein Kind aus dem neubesetzten Gebiet über die Zeit des Abwehrkampfes an der Ruhr aufzunehmen, gewiss ein schönes Zeugnis dafür, daß auch die württembergische Bevölkerung treu zu den Kämpfern an der Ruhr steht. Allerdings forderten von diesen Familien ungefähr 3 Viertel Mädchen an und nur ein Viertel Knaben. Es ist aber verständlich, daß die Eltern im neubesetzten Gebiet lieber einen Knaben als ein Mädchen auf unbestimmte Zeit in die Fremde ziehen lassen, und so ist das Verhältnis der Knaben, die um Aufnahme nachsuchen, zu den Mädchen wie 3:1. Es ist deswegen dringend zu wünschen, daß möglichst viele von den Familien, die ein Mädchen zugewiesen wünschten, sich willig finden lassen, statt des Mädchens einen gleichaltrigen Knaben aufzunehmen; sonst kann von den Württemberg zugeteilten Knaben nur ein Teil untergebracht werden, während viele augenblicklich noch für Mädchen bestimmte Plätze ungenützt bleiben. Das Jugendamt Calw bittet daher diejenigen Stellen, welche sich schon bisher um die Gewinnung solcher Pflegestellen bemühten, um Rücksprache mit den Familien, die sich gemeldet haben, entsprechende Einwirkung auf dieselben und um baldige Nachricht über den Erfolg ihrer Bemühungen.